MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.
6048
1099

Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Ausgabe

Berlin, 1. Juli 1925 Mittwoch Morgen

Chefredakteur: Prof. Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 50—52. Fernspr.: Amt Nollendorf 4793-98, 5960-68. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags u. Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,50 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. — Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. —

64. Jahrgang
1. 7. m Nr. 304 1. Ausg.
Berlin-Frankfurt/M.

Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Frankreich überreicht seine letzten Vorschläge.

a. Paris, 30. 6. (Eigenbericht.)

Nachdem von französischer Seite gemeldet worden war, daß für heute eine neue Sitzung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeleg ationen in Aussicht genommen sei, wird heute mitgeteilt, daß die Sitzung auf morgen verschoben wurde, und daß die französische Delegation morgen den deutschen Unterhändlern ihre letzten Vorschläge unterbreiten werde.

Von deutscher Seite wird demgegenüber festgestellt, daß eine Sitzung für heute nicht anberaumt war und auch für morgen noch nicht fest in Aussicht genommen sei. Die Abendblätter sprechen davon, daß die Verhandlungen

auf dem toten Punkt

angelangt seien, und messen der nächsten Aussprache entscheidende Bedeutung bei. Der „Paris Soir" spricht obermals die Vermutung aus, daß die bestehenden Schwierigkeiten auf die im Gange befindlichen politischen Verhandlungen über den Garantiepakt zurückzuführen seien.

Der Zollkrieg mit Polen.

Die Polen haben durch Erlaß von Einfuhrverboten für bestimmte Kategorien deutscher Waren den Zollkrieg eröffnet. Die deutsche Regierung sieht sich infolgedessen genötigt, Gegenmaßregeln zu treffen. Die Bekanntgabe dieser Gegenmaßregeln wird am 1. Juli erfolgen.

*

kbg. Wien, 30. 6. (Eigenbericht.) Die „Neue Freie Presse" teilt aus polnischer Quelle mit, daß voraussichtlich binnen kurzer Zeit der Abschluß eines Handelsprovisoriums auf Basis der faktischen Reciprozität zwischen Polen und Deutschland zu erwarten sei.

Handelsvertragsverhandlungen mit der Türkei.

Angora, 30. 6. (Agence d'Anatolie.)

Unter dem Vorsitz des Handelsministers Ali Djenani Bei und des deutschen Botschafters Mahadin haben die türkischen und die deutschen Abgesandten die Handelsvertragsverhandlungen begonnen. Der Außenminister Tewfik Rüchdi Bey hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er folgendes ausführte:

Ich bin glücklich, den Wunsch beider Parteien festzustellen, einen Handelsvertrag zwischen der Türkei und Deutschland, einem der größten Industriestaaten Europas, abzuschließen. Indem ich diese Konferenz eröffne, wünsche ich ihr einen glücklichen Ausgang, sowie den Delegierten einen vollen und schnellen Erfolg ihrer Arbeiten.

Währungsfragen in Italien.

Unsicherheit infolge Stillstandes.

fr. Mailand, 30. 6. (Eigenbericht.)

In Italien beginnt der Kampf um die Währungsstabilisierung ernstlich zu entbrennen. Der „Messaggero" macht sich zum Wortführer der Wirtschaftsinteressenten, die aus der entwerteten Valuta ihren Export steigern wollen, und warnt vor einer Konsolidierung auf der Goldgrundlage. Der „Messaggero" sagt: Die angelsächsischen Länder wollen Italien nur deshalb zum Goldkus zwingen, um sich auf diese Weise von den lästigen italienischen Wirtschaftskonkurrenten zu befreien. Im entgegengesetzten Sinne schreibt heute Einaudi im „Corriere della Sera" und warnt vor der Illusion, daß der Papiergeldumlauf nicht inflationistisch beeinflußt würde, wenn das Papiergeld auf Rechnung der Wirtschaft und nicht auf Rechnung des Staates in Umlauf gebracht werde.

Währungstechnisch hat er natürlich vollkommen recht, daß es für die Beurteilung ganz gleichgültig ist, ob der Umlauf auf Rechnung der Wirtschaft oder auf Rechnung des Staates geschieht, und auch damit hat er recht, daß Italien heute den Punkt erreicht zu haben scheint, wo die Währungsfrage die Wirtschaftsfrage in den Hintergrund schiebt. Er fordert daher eine

Einschränkung der Kreditgewährung

und wünscht, daß sie wieder in Verbindung mit den tatsächlichen Erfordernissen gebracht werde, die das italienische Volk macht. Damit fordert er, daß der Sparsinn des Volkes im Interesse der Wirtschaft gefördert werde und schlägt dafür verschiedenartige Mittel vor, die er sich vermutlich so denkt, wie sie jetzt Einführung in Frankreich eingeführt hat.

Einaudi tritt also einmal im Gegensatz zu Frankreich gegen die Inflation in jeglicher Form auf und gestehet zu, er

für einen wertbeständigen Titel

ein. Das würde auch nach unserer Auffassung die folgerichtige Fortentwicklung der italienischen Währungspolitik sein, die im Gegensatz zu Frankreich mit der Schuldentilgung und der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt im vorigen Jahre erfolgreichtreibend begonnen hat und dann auf diesem Wege nicht weiter fortgeschritten ist. Der Stillstand ist natürlich begreiflich, wenn man bedenkt, daß die Konsolidierung der Währung eine Kredit- und damit eine Wirtschaftskrisis im Gefolge haben wird. Ob die Regierung sich in dem einen oder in dem anderen Sinne Entscheidung nehmen u. o. der Reichs-Finanzen, der Reichsminister des Auswärtigen, der Reichsernährungsminister, der Reichswirtschaftsminister, der Reichspostpräsident sowie die leitenden Beamten der Reichskanzlei Amtes bei,

Der Reichspräsident empfing heute nachmittag zum Tee im Garten die Mitglieder des Diplomatischen Korps mit ihren Damen. An dem Empfang nahmen u. a. der Reichskanzler, der Reichsminister des Auswärtigen, der Reichsernährungsminister, der Reichswirtschaftsminister, der Reichspostpräsident sowie die leitenden Beamten der Reichskanzlei Amtes bei.

Die Wirtschaftslage Westeuropas.

Das Währungsproblem als Wurzel des Uebels.

a. Paris, 30. 6. (Eigenbericht.)

Die Bewegung der Arbeitslosigkeit in England, mit der sich das Unterhaus dieser Tage befaßte, findet in der französischen Oeffentlichkeit große Aufmerksamkeit und gibt zu recht interessante Betrachtungen über die allgemeine Wirtschaftslage Westeuropäischer Länder Veranlassung. Man ist hier geneigt, die Wurzel alles Uebels im Währungsproblem zu suchen, das auch für diejenigen Länder noch ungelöst ist, die scheinbar eine feste Stabilisierung erhalten oder sie wieder zurückgewonnen haben. England hat seinen Ehrgeiz darein gesetzt, das Pfund auf den Goldstandard zu bringen, aber es muß diesen Ehrgeiz damit bezahlen, daß seine Produktionskosten zu hoch sind, daß es die Märkte mit niedriger Währung verliert, und daß die Zahl seiner Arbeitslosen steigt. Die englische Ausfuhr ist im letzten Jahre um 6 Millionen Pfund gefallen und die deutsche Ausfuhr geigt immer deutlicher eine krisenhafte Zuspitzung. Frankreich hat seine Arbeitslosen und seine Ausfuhr entwickelt sich günstig, aber es hat mit den Währungsschwierigkeiten zu kämpfen, kurz, alle europäischen Länder haben unter demselben Uebel zu leiden, das entweder als Ausfuhrproblem oder als Valutaproblem in die Erscheinung tritt.

„Das englische Pfund steigt auf part".

schreibt in diesem Sinne die „Liberté", „aber England hat 1½ Million Arbeitslose. Deutschland hat wieder gesundes Geld, aber seine Industrie stockt und es ist ebenfalls von Arbeitslosigkeit bedroht. Der Franken gilt nur 24 Centimes, aber in Frankreich findet alle Welt Arbeit und die Ausfuhr läßt nichts zu wünschen übrig. Das sind drei Länder, die in verschiedenen Stadien an demselben Uebel leiden, das in ganz Europa verbreitet ist, und wir sehen, daß in allen drei Ländern die Schwierigkeiten ungefähr gleich groß sind."

Die Ansichten über

die besten Heilmethoden

für dieses Uebel gehen natürlich auch in Frankreich stark auseinander. Man verkennt keineswegs, daß eine hemmungslose Geldvermehrung zu einem starken Stimulans für den Wirtschaftsaufschwung werden kann, aber zugleich ein geschäftliches Gift bedeuten würde. Man erinnert, wie das den letzten Finanzmaßregeln der Regierung hervorgeht, eine in strengen Grenzen kontrollierte Inflation unter den heutigen Verhältnissen für das Richtige zu halten. Die große Frage ist nur, ob sich diese Kontrolle auf die Dauer wirksam durchführen läßt. Im übrigen — und dieses Argument dürfte wesentlich wertvoller sein — trifft man sich hier damit, daß Frankreich in der Hauptsache noch immer ein Agrarland ist, das sich zur Not selbst erhalten und das also ohne allzu große Leiden die Entwicklung der Dinge in Ruhe abwarten kann.

*

Das französisch-schweizerische Handelsabkommen, betreffend die Einfuhr von Uhrwaren nach Frankreich, tritt morgen in Kraft.

Finanzfragen in Senat und Kammer.

a. Paris, 30. 6. (Eigenbericht.)

In der heutigen Nachtsitzung fanden die provisorischen Kredite für den Monat Juli zur Beratung. Der Berichterstatter stellte fest, daß diese Kredite mit 29 Millionen das mathematische Zwölftel überschreiten, daß diese Summe aber lediglich für die Truppenverproviantierung in Marokko Verwendung finde. Das Budget von 1924 weise bei einer Einnahme von 29 560 000 000 Franken und einer Ausgabe von 32 490 000 000 Franken ein Defizit von 3 454 000 000 Franken auf, das auf die aus Deutschland unregelmäßig einlaufenden Zahlungen zurückzuführen sei. Nach einem Zwischenurteil Poincarés ist das französische Budget seit dem Jahre 1920 nicht mehr im Gleichgewicht gewesen. Die Gesamtheit der Gesetzesvorschläge wurde schließlich mit 256 Stimmen angenommen.

Die Kammer hat heute vormittag die Beratung über das Einnahmebudget für 1925 begonnen. Bis heute nachmittag wurde mit 325 gegen 210 Stimmen der Regierungsantrag betreffend die Abgabe einer Sondersteuer zum Nutzen der landwirtschaftlichen Unternehmen angenommen. In der Nachmittagssitzung wurden die neuen Bestimmungen hinsichtlich der Einführung für die Einkommensteuer beraten. Die Beratung über das Einnahmebudget dürfte jedenfalls die ganze Woche in Anspruch nehmen.

Französische Rohheiten.

Pirmasens, 30. 6. (Mtb.) Beim Einmarsch einer in dem Dorfe Obersimten quartierbestehenden Abteilung farbiger Infanterie wurde der Gerber Wilhelm Meyler, einer von den Fabrikbesitzer Otto Meyler von dem befehlshabenden französischen Offizier in der brutalsten Weise mißhandelt, weil sie die französische Zahne nicht grüßten. Steiner wurde mit Schlägen auf den Kopf, Meyler einem Fußtritt in den Unterleib und einem Faustschlag auf die Brust, so daß er rücklings zu Boden stürzte. Steiner ist ein Krüppel, der nur eine Hand hat. Meyler befindet sich infolge eines schweren Leidens schon längere Zeit in ärztlicher Behandlung. **Eine Grußpflicht der Bevölkerung gegenüber der französischen Fahne besteht nicht.**

o. New York, 30. 6. (Eigenbericht.) Die meisten Blätter sprechen sich anerkennend über den herzlichen Empfang des Bolschafters Schurman durch Hindenburg aus.

*

fs. London, 30. 6. (Eigenbericht.)

Die Zahl der Arbeitslosen in England ist in der letzten Woche abermals um 19 350 gestiegen und beträgt nunmehr 1 285 918 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Neue Erdstöße in Santa Barbara.

Größere Schäden als 1906.

New York, 30. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Die Gegend von Santa Barbara wurde von weiteren Erdbeben betroffen. Heute morgen 1.22 Uhr machte sich eine neue Erschütterung geltend, die an Heftigkeit der gestrigen gleich und mit furchtbarem Krach viele Gebäude umlegte, die bereits halbe Ruinen waren. Da die meisten Einwohner im Freien schliefen, sind glücklicherweise keine weiteren Unfälle zu beklagen. Polizisten und Rettungsarbeiter haben leichtere Verletzungen davongetragen. Um 4.22 Uhr wurde ein zweiter schwerer Schlag verspürt, um 5.54 Uhr ein leichterer. Die ganze Nacht hindurch nahm die Suche nach den Opfern aus diesem Unglück ihren Fortgang.

Unter einer Ruine wurden fortgesetzt schwache Hilferufe einer Frau vernommen und gewaltige Anstrengungen gemacht, um den Schutt und die Balken, unter denen sie verschüttet lag, zu entfernen. Die Bergungsarbeiten werden durch gewaltige Scheinwerfer unterstützt, die von auswärts zur Verfügung gestellt wurden.

In Los Angeles kamen

die Wolkenkratzer ins Wanken.

Das Beben dauerte bort von 6,45 bis 6,55 Uhr, richtete aber keinen Schaden an, denn die Bewegung war langsam und gleichmäßig. 100 Meilen nördlich von Los Angeles, in Bakersfield, Lancaster, Mojave wurden heftige Stöße verspürt, ebenso in Colton, aber auch in diesen Gebieten wurde kein Schaden angerichtet.

Im Galatine-Tal, in Montana,

das offenbar dem Zentrum des Erbebens ausgesetzt war, wurde nach den vorliegenden Berichten ein Schaden von 500 000 Dollar angerichtet. Insbesondere litten die Schulen und andere öffentliche Gebäude, die aus festem Material gebaut waren und von dem Erdbeben zerstört wurden. Im Galatine-Tal waren auch gestern nachmittag 3.45 Uhr wieder Stöße wahrnehmbar. Der Yellowstone-Park ist nicht zerstört worden.

30 Tote.

o. New York, 30. 6. (Eigenbericht.)

Die Erdstöße von Santa Barbara übertreffen nach den heftige Erbeben von Kalifornien im Jahre 1906. Der erste Erdstoß ereignete sich am Montag um 6 Uhr 45. Der zweite heftigere 8 Uhr 8, der dritte 10 Uhr 45, der vierte 10 Uhr 55, der fünfte 5 Uhr 22, der sechste 6 Uhr 46 und der letzte und heftigste um 7 Uhr 12 abends.

Der erste Stoß

dauerte zwei Minuten. Der Seismograph von San José in Kalifornien erwies, daß der zweite Stoß von Santa Barbara um ein beträchtliches das Erbeben von San Francisko im Jahre 1906 übertroffen hatte. Die Seismographen ließen erkennen, daß das Unglück von Santa Barbara nicht in Verbindung stand mit dem gleichzeitigen Erdbeben in Montana, daß sich zwar weitere ausdehnte, aber weniger heftig war und verhältnismäßig geringeren Schaden anrichtete. Sämtliche wichtigeren modernen Gebäude stürzten zusammen mit Ausnahme des Grand-Theaters und der neu erbauten Hochschule. Allein in der Stadtstraße stürzten sämtliche Gebäude zusammen, einschließlich der Hotels California, Arlington, Carillo, Potter, Samarkand und Ellcerino.

Gleichzeitig mit dem Erdbeben erhob sich

eine Sturmflut,

die den Sheffield-Damm zerbrach, wodurch die ganze Vorstadt überschwemmt wurde. **An Toten wurden durch das Erdbeben 30 gezählt, Schwerverletzte mehr als 100.** Die Schäden des Roten Kreuzes begaben sich sofort von San Franzisko, Los Angeles, San Diego nach Santa Barbara. Auch vorderte Präsident Coolidge das Schlachtschiff „Arkansas" von San Pedro nach Santa Barbara. Admiral Bogelsang wird mit den Schlachtschiffen „New York" und „Utah" nachfolgen, nachdem Land- und Seesoldaten Sicherungsdienst in Santa Barbara versehen. Der finanzielle Schaden übersteigt 100 Millionen Dollars. Viele amerikanische Versicherungsgesellschaften sind schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Das Erdbeben erstreckte sich bis zum Monte Cito. Die Erschütterungen waren jedoch glücklicherweise nur im Umkreise von 12 Meilen zu verspüren.

Weitere Einzelheiten.

New York, 30. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Ueber das Erbeben, von dem der Westen Amerikas heimgesucht wurde, liegen folgende weitere Nachrichten vor: Das Beben war von außerordentlicher Intensität und gerade von Mittelkalifornien, südkalifornischer Seite und suchte die gesamte südkalifornische Küste heim und kam mit besonderer Stärke in Santa Barbara zum Ausbruch. Die Wellen drangen bis in die Stadt hinein, den Berichten zufolge, zerstört, einschließlich zweier der größten Hotels. Durch das Bersten von Wasserrohren wurde die Stadt teilweise überschwemmt. Nach einer Meldung an das Zentralbureau der Southern Pacific Eisenbahngesellschaft brach das Staubecken, von dem aus die Stadt mit Wasser versorgt wird. Der Hauptverbindungsbahnhof von nach Santa Barbara über Ventura geht, ist unterbrochen.

Nachdem die Hilfsmaßregeln getroffen waren, kamen die führenden Bürger zusammen, um über

Wiederaufbauplane

zu beraten. Der frühere Schatzsekretär Mc Adoo sah sich an der Spitze einer Finanzgruppe, die eine Anleihe von 2,5 Millionen Dollar zum Wiederaufbau der Geschäftsstadt aufzubringen wird.

(Siehe auch Seite 3.)

Schutz der Deutschen in China.

Paris, 30. 6. (Eigenbericht.)

Wie „Star" erfährt, haben die chinesischen Behörden Schritte unternommen, um die in Kanton wohnenden Deutschen zu schützen. Zu diesem Zwecke tragen die Deutschen eine Armbinde. Diese bevorzugte Behandlung ist bedauerlicherweise nicht allen Angehörigen der anderen fremden Staaten geneßt.

Belgiens Schulden an Amerika.

Washington gewährt ein Moratorium.

Brüssel, 30. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Premierminister Biomte Poullet hielt heute eine lange Rede, in der er auf die Frage der belgischen Zahlungen an die Vereinigten Staaten zu sprechen kam. Er führte aus, die belgische Regierung sei zu neuen Verhandlungen entschlossen auf der Basis, die die Regierung der Vereinigten Staaten angegeben habe. Aber gleichzeitig, und zwar als Entgelt dafür, daß die Vereinigten Staaten sich weigerten, Verhandlungen über die nicht ratifizierten Klauseln des „Vertrages" von Versailles zu eröffnen, habe die Regierung der Vereinigten Staaten Belgien eine Verhandlungsbasis angeboten, auf der ein längerer Zahlungsaufschub für die Kapitalschuld erreichbar sein würde und auch, was noch wichtiger sei, Aufschub der ersten Zinsgabe, mit anderen Worten, es handle sich um ein Moratorium. Die Verhandlungsbasis beute auch eine

Konzession in den Zinsraten

zu erreichen sein würden. Wie groß, sei fraglich, aber schließlich werde auf die finanzielle und wirtschaftliche Lage Belgiens Rücksicht genommen werden. Außerdem behalte die belgische Regierung ihren Unterhändlern das Recht vor, alle die Umstände zu erörtern, die zur Zeit früherer Verhandlungen für Belgien günstige Lösungen gerechtfertigt hatten, die nicht ratifiziert worden seien.

Vandervelde, der sozialistische Wirtschaftsminister, äußerte sich über

die Anerkennung Sowjetrußlands.

Seiner Meinung nach müßten die Verhandlungen mit Sowjetrußland weitergeführt werden und die de jure Anerkennung dieser Verhandlungen folgen. Aber bei diesen Verhandlungen dürfe man drei Dinge nicht vergessen: 1. daß Belgien ein genaues Interesse an dem Ausgang der Bergangenheit hätte, 2. daß Belgien die Haltung Sowjetrußlands gegen die Georgische Republik nicht vergessen könne, und 3. daß es unmöglich sei im Interesse des Weltfriedens indifferent demgegenüber zu bleiben, was sich in Sowjetrußland ereignet habe.

Vandervelde fuhr fort, es seien Bedenken ausgedrückt worden, daß Belgien zu schnell

die Rheingrenze

verlasse.

Was die Ruhr anbetreffe sagte er, könne man nicht bezweifeln, daß die Belgier, wenn die Franzosen ihre Truppen zurückgingen. Im übrigen gelte das Londoner Abkommen. Was die Kölner Zone anlange, so bleibe ihre Räumung von der Durchführung des Entwaffnungsklauseln seitens Deutschland abhängig. Solange Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe, würde Belgien die Kölner Zone nicht räumen. Der Tag, an dem diese Zone geräumt werden könne, werde ein großer Tag für die Wiederherstellung des Friedens in Europa sein.

Vandervelde schloß, es bestehe kein Widerspruch zwischen der Ergebenheit gegen sein Land und der Ergebenheit an den Internationalen Sozialismus. Er hätte

das „Recht" Belgiens auf Reparationen

immer anerkannt und ebenso das „Recht" auf Sicherheit. Wenn Reparationen oder Sicherheit bisksutiert wurden, sagte er, sind wir in dieser Kammer immer einig gewesen. Die Politik, die im Londoner Abkommen niedergelegt sei, und die Bestimmungen seien ein großer Zug für die Wiederherstellung des Friedens in Europa sein.

Vandervelde schloß, es bestehe kein Widerspruch zwischen der Ergebenheit gegen sein Land und der Ergebenheit an den Internationalen Sozialismus. Er hätte

das „Recht" Belgiens auf Reparationen

immer anerkannt und ebenso das „Recht" auf Sicherheit. Wenn Reparationen oder Sicherheit diskutiert wurden, sagte er, sind wir in dieser Kammer immer einig gewesen. Die Politik, die im Londoner Abkommen niedergelegt sei, und die Bestimmungen seien ein großer Zug für die augenblickliche Regierung. Wir fordern den Frieden, sagte er. Ohne Frieden gibt es keine Wiederherstellung Europas noch der Demokratie. Laßt uns gemeinsam für die „Vereinigten Staaten von Europa" arbeiten.

*

fs. London, 30. 6. (Eigenbericht.)

Churchill erklärte im Unterhaus: „Die italienische Regierung hat England formell benachrichtigt, daß sie die Bestimmungen über eine freundschaftliche Regelung ihrer Kriegsschulden an England eintreten wolle. Die Verhandlungen sollen einen endgültigen Charakter haben. Ich habe mit Bezug auf Frankreich nichts hinzuzufügen."

Amerikanischer Funkdienst.

New York. Devisen- u. Geldmarkt.

Devisenkurse von 9 Uhr nachmittags

	30. 6.	29. 6.		30. 6.	29. 6.
Tägl. Geld	5½	4½	London	4.40,92	4.40,68
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,82	Zürich	19,42	19,42
Monat	—	—	Amsterdam	40,18	40,05
Kurzes Geld	4,86½	4,86½	Prag	2,96	2,96½
Monat	—	—	Paris	3,51½	3,56
60 Tg.	4,81½	4,81½	Madrid	14,07	14,02
Mark	4,51½	4,53	Wien	60½	70½
Brüssel	4,47½	4,49			

New York. Effektenmarkt.

	30. 6.	29. 6.		30. 6.	29. 6.
Anthrazit	84	84	Pfd. Stahl	50	50
Atch.	21	21	Reading	58,50	58,50
Balt. u. Ohio	18,50	18,55	Rep. Stahl	37,85	37,60
Beth. Stahl	16,05	16,05	Sinclair	12	12
Can. Pac.	14,45	14,65	Sc. Calif.	10,95	10,70
Ches.	13,40	13,60	Sc. Ind.	10,94	10,65
Chic.	12,83	13,00	Pacific Gas	16,40	16,40
Cons. Gas	24,80	24,80	Tenn.	6,00	6,00
Chrysler	24,04	24,00	Union Pac.	13,00	13,00
Erie	34,20	34,15	Unit. Fruit	3,50	3,50
Erie pref.	24,15	24,10	Unit. Stat.	2,60	2,56
Gen. Mot.	24,14	24,11	Wab.	2,72	2,71
Gen. Elec.	6 000	5 000	Wab. pref.	5,50	5,50
Gulf States	131	131	Kupfer	13	13
Int. Harv.	57,12	57,50	Anaconda	29½	28½
Kans.	8,00	8,10	Guggenh.	96,00	96,00
Lehigh	7,00	7,02	Int. Nickel	90,00	90,25
Mo. Pac.	19,97	19,97	Kennec. Ind.	24,00	24,15

	30. 6.	29. 6.		30. 6.	29. 6.
Bethl. Rep.	181½	180½	Mex. Petr.	250,00	250,00
Int. Nickel	160½	160½	Int. Tel.	1/8—2 ab	1/8—2 ab
Int. Harv.	115	110½	Int. Mer.	10-11 etw.	10-11 etw.

Chicago. Produktenmarkt.

	30. 6.	29. 6.		30. 6.	29. 6.
Weizen Sept.	1,46½	1,45	Speck Sept.	17,35	17,12½
Dez.	1,44½	1,42½	Rippen Sept.	18,37½	18,40
Mai	1,01	0,98½	Schweine	18,27½	18,40
Mais Sept.	1,06½	1,04½	Schweine Sept.	18,40	18,40
Dez.	43½	43	Schweine Dez.	13,80	13,70
Mai	45½	44½	Schweine Mai	13,65	12,65
Hafer Sept.	42	39½	Schweine Sept.	13,75	13,65
Roggen Sept.	99½	98	Schweine Dez.	13,00	13,00
Schmalz Sept.	17,07½	16,85	Schweine Mai	91,000	122,000

Parteivorstand der Volkspartei.

Völlige Uebereinstimmung mit der Regierung.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat Dienstag unter Hinzuziehung des engeren Vorstands der Reichstagsfraktion am Dienstag abend zu einer Sitzung zusammen und nahm zu der gesamten politischen Lage, insbesondere der außenpolitischen, Stellung. Die Erörterungen ergaben völlige Uebereinstimmung mit der Beurteilung der bisherigen Aktionen der Regierung und über die künftig zu ergreifenden Schritte.

Einmütig wurde der Anregung des Parteivorsitzenden zugestimmt, zur Klärung der politischen Lage eine baldige Aussprache im Plenum des Reichstags herbeizuführen.

Angesichts der parlamentarischen Lage muß bezweifelt werden, ob es möglich sein wird, den Wunsch auf Eintritt in eine außenpolitische Aussprache im Reichstag noch vor den Ferien zu entsprechen.

Begründung des neuen Strafgesetzbuches.

Zu dem auf Anordnung des Reichsjustizministeriums veröffentlichten Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches ist nunmehr die Begründung hinzugefügt. Der erste Teil erschienen. Er umfaßt 189 Seiten. Die Einleitung ordnet am Schluß mit besonderem Dank der Bestrebungen, die das österreichische Bundeskanzleramt sich um die Ausarbeitung der Begründung erworben hat. Gleiche und wichtige Zeit der Begründung hat Oesterreich zur Verfügung gestellt und auch die übrigen sind im Zusammenwirken mit Oesterreich entstanden. Es folgt die Einzelbegründung der 384 Paragraphen des neuen Entwurfs. Als Anhang ist eine Gegenüberstellung der Paragraphen des geltenden Strafgesetzbuches und des Entwurfes beigefügt.

Die Ausliefernung erfolgt bei Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig.

*

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates haben dem (51 Folisetten umfassenden) Bericht des Zollausschusses über seine Stellungnahme zur Zollvorlage einstimmig zugestimmt und eine unmittelbare Uebernehmung an die Reichsregierung beschlossen. Der Zollausschuß hat im übrigen insgesamt 28 Sitzungen abgehalten, in denen er 365 Sachverständige und den verschiedensten Wirtschaftszweigen hörte.

Ausbau der Angestelltenversicherung

Den Reichstag ist der Gesetzentwurf über den Ausbau der Angestelltenversicherung zugegangen. Der Entwurf bringt in Verfolg der § 3t. im Reichstag angenommenen Entschließung in der Hauptsache einen neuen Leistungs- und Beitragstarif. Er erhöht den Grundbetrag von 360 auf 480 Mark, den Kindergzuschuß von 36 auf 90 Mark und den Gesamtbetrag der Hinterbliebenenrente auf dem fest 1. Januar 1924 geleisteten Beiträge von 10 auf 15 Mark. Als Ausgleich wird eine Erhöhung der Beiträge vorgeschlagen. Es werden für die Zukunft 6 Gehaltsklassen geschaffen. In der Klasse a (bis 50 Mark) soll der Monatsbeitrag 2 Mark, in der Klasse b (bis 100 Mark) 4 Mark, in der Klasse c (bis 200 Mark) 8 Mark, in der Klasse d (bis 300 Mark) 12 Mark, in der Klasse e (bis 400 Mark) 16 Mark und in der Klasse f (bei einem Gehalt von mehr als 400 Mark) 20 Mark betragen. Außerdem werden zwei neue Klassen g und h für freiwillige Weiterversicherung geschaffen, in denen der Monatsbeitrag 25 bezw. 30 Mark beträgt.

*

So anerkennenswert auch die Bemühungen des Reichstags und seines sozialpolitischen Ausschusses um die Verbesserung unseres sozialen Versicherungswesens sind, so wenig kann man sich dem Eindruck entziehen, daß die Ergebnisse dieser Arbeit nicht immer der finanziellen Lage unserer Wirtschaft entsprechen und neue Lasten schaffen, die über die augenblicklichen engen Grenzen der Leistungsfähigkeit hinausgehen. Die vor einiger Zeit an die zahlreichen Parlamentsausschüsse ergangene Mahnung des Reichsfinanzministers, sich allzu großen Bewilligungseifer etwas zu zügeln und die einzelnen Beschlüsse in den großen Rahmen einer sparsamen Gesamtpolitik einzuspannen, darf ihre Wirkung nicht verfehlen.

Heute Wahlen in Holland.

Amsterdam, 30. 6. (W. T. B.) Morgen finden die Wahlen der 2. holländischen Kammer statt, zu denen rund dreißig verschiedene Kandidatenlisten eingesandt worden sind. Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt etwa 3½ Millionen. Zum ersten Male haben in diesem Wahlkampfe die Parteien den Wahlbeteiligung in der andern Ländern schon längerer Zeitlichen Ist gefolgt. Es fanden neben der Wahlzeit zahlreicher Versammlungen große Propagandaumzüge veranstaltet wurden, auch Rundfunk-Ansprechen und Flugzeuge wurden in den Dienst der Wahlpropaganda gestellt. In den großen Städten sind die Straßen und Plätze mit den angemalten Namen der verschiedenen Kandidaten fast völlig bedeckt, die ersten Spalten der Zeitungen wurden bereits seit Wochen mit Leitartikeln über die Kammerwahlen angefüllt.

Kommunistischer Agent in Schanghai.

Schanghai, 30. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Der bolschewistische Agent Borodin ist heute gestern und heute vor dem gemischten Gericht. Die Polizei legte folgendes wichtige Dokument vor, das unter seinen Effekten gefunden wurde, die Zifter 43 trägt und folgendermaßen lautet: „Vorweises Dieses, Kameraß Doffer (Mitgliedskarte Nr. 894 der Kommunistischen Partei), ist vom Agitationsdepartement der Sektion China-Süd nach Hangtschau und Kanton zur Organisation von Streikkommissen entsandt. Alle Mitglieder der russischen Kommunistischen Partei werden aufgefordert, ihm in seiner Arbeit jegliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Bestätigt durch das Siegel der Agitationsabteilung, 17. Juni 1925, Schanghai, Agitationsabteilung K. C. P."

Von nie großem Wert Doffer den Russen ist, kann man heraus schließen, daß die Kaution, die vom Gericht auf die enorme Summe von 20 000 Taels festgesetzt wurde, von Doffers Anwalt aufgebracht wurde.

Zwischen Morgen- und Abendland.

Die französische Antwort auf den Vorschlag eines Sicherheitspaktes ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, für Deutschland unannehmbar. Der Zweck der deutschen Anregungen war, dem europäischen Frieden zu dienen. Die Gegenseite hat das Angebot in einen Paktentwurf verwandelt, der die heutigen Machtverhältnisse in Europa durch Deutschlands freiwillige Unterschrift auf unübersehbare Zeit stabilisieren will. Dabei ist offenkundig, daß die Pariser Friedensdiktate, deren Bestand wir garantieren sollen, den Kontinent zerrissen und in den Brennpunkt entzündet haben. Freilich darf jetzt auf deutscher Seite nicht der Fehler begangen werden, daß man sich in der auswärtigen Politik selbst in die Schlingen verstrickt, die von den französischen Advokaten gelegt worden sind. Briands Note bietet in vielen Punkten glänzende Handhaben für den juristischen Scharfsinn, und es wäre unverantwortlich, sich ihrer nicht zu bedienen. Aber die Leiter unserer auswärtigen Politik müssen sich daneben bewußt bleiben, wie sehr gerade in dem hysterischen Bedarren auf dem Buchstaben der Vertrage, die von den französischen Advokaten gelegt worden sind, Briands Note bietet in vielen Punkten glänzende Handhaben für den juristischen Scharfsinn, und es wäre unverantwortlich, sich ihrer nicht zu bedienen. Aber die Leiter unserer auswärtigen Politik müssen sich daneben bewußt bleiben, wie sehr gerade in dem hysterischen Bedarren auf dem Buchstaben der Vertrage, die von den französischen Advokaten gelegt worden sind, Briands Note bietet in vielen Punkten auch noch selbst verfälscht, wie von den französischen Advokaten ammutenden Begeisterung für Paragraphen und bitterrechtliche Deduktionen die Zeitschrift zum Ausdruck kommt, daß das Net der Einkreisungsbündnisse schon recht schadhaft geworden ist. Gerade im östlichen Raum kann man heute erkennen, daß selbst eingeschworen deutschfeindliche Politiker in der Diskussion über die Aufstriage weniger Wert auf die juristischen Formeln legen, die die französischen Vorbereitschaftsleute verbrämen sollen, als darauf, daß durch die deutsche Initiative lebhafte Bewegung in die internationale Politik gekommen ist. Bei einer Reise durch die neugegründeten Staaten in Mitteleuropa trat dem Verfasser immer wieder das starke Interesse dieser Staaten von Bagen, ob die Probleme von dem Forum der Welt möglichst wenig gesprochen werde. Sie möchten sich am liebsten auch heute noch mit einer chinesischen Mauer umgeben, die Europa die Vorgänge innerhalb dieser Mauer verbirgt. Schon die Aufrollung gewisser innerstaatlicher Fragen, die ja heute oder morgen unvermeidlich ist, wenn z. B. der Völkerbund in Genf tagesbeiten Fragen, die bei der Versammlung der Männern in der Tschechoslowakei, in Südslawien oder Rumänien Aufrüden. Wie soll das werden, sagen sie sich, wenn die Fragen, die bisher nur in der öffentlichen Meinung der Welt sogar die territoriale Machtverteilung Osteuropas zur Diskussion gestellt würde. Der tschechische Minister Benesch erklärte unlängst in einem Erzählungen über die Sicherheitsfrage, das übrigens in Deutschland sehr genau gelesen zu werden verdient, das Deutsche Reich begnüne akt